



Ihre Gesprächspartner:

Franz Molterer, MAS

Hermann Reischenböck

Stv. Direktor der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Braunau

## **Leistungsbilanz 2009 der AK Braunau: Mehr als 2,6 Millionen Euro erkämpft**

Pressekonferenz

am Montag, 1. März 2010, um 10 Uhr,

in der Arbeiterkammer Braunau

## **Mit aller Kraft gegen die Krise**

***Die gesamte Arbeit der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2009 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Krise und ihre Folgen, wie steigende Arbeitslosigkeit und Firmeninsolvenzen.***

Oberösterreich ist von der wirtschaftlich schlechten Lage besonders stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 42,6 Prozent nahezu doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 52.617 Personen arbeitsuchend gemeldet. Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten hat sich in Oberösterreich zuletzt bei rund 10.000 eingependelt.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung, die von der Arbeiterkammer vehement gefordert worden waren, haben noch Schlimmeres verhindert, reichen aber nicht. Die AK begrüßt daher ausdrücklich, dass Bundeskanzler Faymann ein weiteres Konjunkturpaket angekündigt hat, und fordert dessen rasche Umsetzung.

Zusätzlich hat die AK im Vorjahr ein eigenes Konjunkturpaket des Landes von 100 Millionen Euro für die Gemeinden gefordert. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt sich aktuell: Die Ertragsanteile (und somit die finanziellen Mittel) der Gemeinden werden heuer um 10,5 Prozent unter dem Niveau von 2008 liegen – die Zahl der so genannten Abgangsgemeinden steigt dramatisch. Das Land hat angekündigt, neue Bauprojekte der Gemeinden nicht mehr zu genehmigen und um zwei bis drei Jahre zu verschieben. Das heißt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden über Jahre stark zurück gehen wird, obwohl es zahlreiche dringend notwendige Investitionsprojekte gibt – beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur für Kinder-, Schüler- und Seniorenbetreuung oder bei der thermischen Sanierung der rund 60.000 Gebäude in Gemeindebesitz. Alle Prognosen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Deshalb warnt die AK davor, die Investitionstätigkeit der Gemeinden so stark einzuschränken und damit die Konjunkturbelebung zu gefährden.

Ein besonderes Problem, das aus Sicht der AK sofortiges Handeln erfordert, ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Gegenüber 2008 ist im abgelaufenen Jahr die Zahl der Jugendlichen auf Arbeitsuche um 3092 Personen oder knapp

38,8 Prozent gestiegen, wobei der Anstieg bei der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen mit 2203 Personen oder 48,7 Prozent extrem hoch ist.

Die AK hat daher im Vorjahr die Gründung einer eigenen Jugendausbildungsgesellschaft vorgeschlagen. Sie würde flächendeckend für ganz Oberösterreich alle Aktivitäten zur Berufsausbildung koordinieren. Doppelgleisigkeiten und Leerläufe könnten damit vermieden und die öffentlichen Mittel viel effektiver eingesetzt werden als bisher. Das Land Oberösterreich und die Unternehmerseite haben auf diese Idee bisher ablehnend reagiert. AK-Präsident Kalliauer hofft auf ein Umdenken: „Die Arbeiterkammer ist bereit, für die Gründung der Jugendausbildungsgesellschaft 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wenn das Land und die Unternehmer mitziehen, könnten wir so ein neues Ausbildungssystem schaffen, das wirklich jedem Jugendlichen einen qualitätsvollen Ausbildungsplatz garantiert.“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert, dass trotz aller Bemühungen die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr noch weiter steigen wird. Die Sicherung der Kaufkraft der Betroffenen hat daher höchste Priorität. Die AK Oberösterreich pocht auf eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 75 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Denn jeder zusätzliche Euro für Arbeitslosengeldbezieher/-innen fließt direkt in den Konsum und stützt so die Wirtschaft.

## **Steigender Beratungsbedarf bei knappen Mitteln**

Angesichts der Wirtschaftskrise steigen auch die Anforderungen an das gesamte Beratungsteam der AK massiv – von den Experten/-innen im Arbeits- und Sozialrecht bis zu jenen im Insolvenzrechtsschutz. Parallel dazu sinken infolge der rückläufigen Beschäftigung die Einnahmen. Gespart wird überall, wo es möglich und sinnvoll ist, keinesfalls aber im Beratungsbereich. Im vergangenen Jahr waren 22,4 Millionen Euro für die arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung der AK-Mitglieder reserviert. Heuer sind dafür 22,8 Millionen Euro vorgesehen, um rund 400.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Insgesamt wurden im Vorjahr 377.773 Beratungen durchgeführt, eine Steigerung von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Schwerpunkt bildeten 240.651 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen (einschließlich der Lohnsteuerberatungen), gefolgt von 117.735 Konsumenten-, 17.502 Bildungs- und 1018 Beratun-

gen im Rahmen der Funktionärebildung sowie 867 AK-Consult-Beratungen bei betrieblichen Problemen. 97,815.463 Euro an offenen Löhnen und Gehältern wurden 2009 in arbeitsrechtlichen oder Insolvenzverfahren für Mitglieder der AK Oberösterreich erkämpft, das ist eine Steigerung von 39,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2010 rechnet die AK mit 366.000 Beratungen und erstrittenen Summen von 85 Millionen Euro.

Die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt führt bei den Arbeitnehmer/-innen verständlicherweise zu Verunsicherung und zu Ängsten, die nicht nur in den Beratungsgesprächen zu spüren, sondern auch an den Daten des Österreichischen Arbeitsklima Index abzulesen sind. Vor allem Arbeiter/-innen sahen Ende 2009 die wirtschaftliche Zukunft des Landes deutlich negativer als noch im Frühjahr. Auch die persönlichen Jobaussichten bewerten sie deutlich pessimistischer. Nicht einmal mehr die Hälfte (49 Prozent) der Arbeiter/-innen ist damit zufrieden. Bei den Angestellten hingegen ist der entsprechende Wert mit 63 Prozent stabil geblieben.

## **Vertrauen in die AK weiter gestiegen**

Dass unter diesen Voraussetzungen die Zufriedenheit der Mitglieder mit der AK von einem bereits hohen Niveau noch weiter gesteigert werden konnte, ist ein Beleg für die hohe Kompetenz und Professionalität der AK-Mitarbeiter/-innen. Eine repräsentative Umfrage im November 2009 ergab sensationell hohe Zufriedenheitswerte unter den AK-Mitgliedern. 89 Prozent der Befragten halten die Arbeiterkammer für eine wichtige, mehr als zwei Drittel davon für eine „sehr wichtige Interessenvertretung“. 56 Prozent der Mitglieder hatten bereits Kontakt mit der AK, am häufigsten per Telefon (43 Prozent). 94 Prozent von ihnen waren mit dem Kontakt zufrieden, 54 Prozent sogar „sehr zufrieden“.

Auch insgesamt ist das Vertrauen in die Arbeiterkammer von einem ohnehin schon sehr hohen Wert weiter gestiegen: Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 5 (großes Vertrauen) erhält sie von ihren Mitgliedern den Mittelwert 3,66 (2008: 3,59) und liegt damit – gleichauf mit der Gebietskrankenkasse (Mittelwert 3,67) – unter allen großen Institutionen ganz vorne, deutlich vor der Oberösterreichischen Landesregierung (3,25) und der Wirtschaftskammer (3,22).

## **AK Braunau – eine starke Partnerin**

Die AK Braunau ist eine starke Partnerin für ihre Mitglieder. Das bestätigt die Bilanz 2009. Schwerpunkt war auch für die AK Braunau der Kampf gegen die Krise und ihre Folgen. Tausende Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk haben im Vorjahr Rat und Hilfe gesucht.

## **Die Krise im Bezirk Braunau**

Im Bezirk Braunau hat die Arbeiterkammer 29.745 Mitglieder. Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer/-innen arbeitet in Großbetrieben mit mehr als hundert Mitarbeitern/-innen. Die größten Arbeitgeber des Bezirks sind KTM, Bernecker & Rainer Industrieelektronik, AMAG und das Krankenhaus St. Josef.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 54,9 Prozent deutlich stärker gestiegen als im Bundes- (plus 22,6 Prozent) und im Landesdurchschnitt (plus 42,6 Prozent). Das ist mit Abstand der stärkste Zuwachs aller oberösterreichischen Bezirke. Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 4181 Personen arbeitsuchend gemeldet. 645 waren jünger als 24 Jahre.

Die Krise wirkte sich spürbar auf die Leitbetriebe des Bezirks aus. Diese reagierten ganz unterschiedlich darauf: Während die AMAG durch Kurzarbeit sämtliche Arbeitsplätze erhalten konnte, gab es bei KTM trotz Kurzarbeit und Landeshaftung letztlich eine große Zahl von Kündigungen.

Insgesamt mussten 2009 im Bezirk Braunau 28 Unternehmen Insolvenz anmelden. Von diesen Insolvenzen waren 211 Arbeitnehmer/-innen betroffen.

Durch die Krise muss auch die Arbeiterkammer Braunau einen enorm hohen Bedarf an Rechtsberatung und Rechtsvertretung bewältigen.

## **7440 Rechtsberatungen**

7440 AK-Mitglieder wandten sich 2009 mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die Arbeiterkammer Braunau. Vor allem die telefonische Rechtsberatung hat sich wieder bestens bewährt. Dem Großteil der 4915 Anrufer/-innen wurde sofort geholfen.

Zu einem persönlichen Beratungsgespräch sind im Vorjahr 2498 Arbeitnehmer/-innen in die Bezirksstelle Braunau gekommen. Die meisten Fragen wurden zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und den damit verbundenen Ansprüchen gestellt. Auch Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Lehrverhältnisse und Altersteilzeit waren häufige Themen. 27 Beratungen erfolgten schriftlich.

## **2,653.694 Euro Vertretungserfolg**

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen kam zur Beratung die Vertretung. Durch 149 außergerichtliche Interventionen wurden im Vorjahr 537.797 Euro an vorenthaltenem Entgelt eingebracht.

In 60 Fällen musste die AK Braunau wieder bis vor das Arbeits- und Sozialgericht gehen, damit die Betroffenen ihr Geld erhielten. 391.492 Euro wurden auf diesem Weg erkämpft. Dabei ging es hauptsächlich um offene Löhne und Gehälter, aber auch um Sonderzahlungen, Überstundenentgelte und Abfertigungsansprüche.

Hinzu kommen die Beträge, die bei Insolvenzvertretungen für Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk durchgesetzt wurden: 2009 machte dies 1,724.405 Euro aus. Damit hat die AK Braunau im Vorjahr für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 2,653.694 Euro erreichen können. Das war beinahe doppelt so viel wie im Jahr zuvor.

Aufgrund der Wirtschaftskrise gab es besonders viele Anfragen bezüglich Arbeitgeberkündigungen und Änderungskündigungen, aber auch zur Bildungskarenz und zu Arbeitszeitreduktionen. Weiters kamen viele Anfragen zu Aussetzungsverträgen und Wiedereinstellungsvereinbarungen.

Fristlose Entlassungen waren ein häufiges Thema. Aber auch mit der verspäteten Bezahlung von Löhnen und Gehältern hatten Arbeitnehmer/-innen im Vorjahr zu kämpfen. Ansprüche aus der Auflösung von Arbeitsverhältnissen werden oft erst nach Intervention durch die AK abgerechnet und beglichen.

Aber auch das außergerichtliche Einschreiten der AK genügt nicht immer: Manche Unternehmen bleiben trotzdem alles schuldig. Dann müssen die Ansprüche beim Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden. Und selbst nach einem

rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

## **Beispiele aus der Vertretungspraxis**

Ein Braunauer war drei Jahre lang als Leiharbeiter bei einem Rieder Industriebetrieb beschäftigt. Laut Kollektivvertrag für Leiharbeiter stand ihm damit der sogenannte Referenzzuschlag zu. Dieser soll die Lohnunterschiede zwischen Leiharbeitern und Stammpersonal einer Firma ausgleichen. Als der Mann nach Ende des Arbeitsverhältnisses seine Abrechnungen kontrollieren ließ, entdeckten die AK-Fachleute, dass er falsch eingestuft und daher unter Kollektivvertrag entlohnt worden war. Auch die Zuschläge waren ihm vorenthalten worden. Die AK machte das Unternehmen auf den Fehler aufmerksam. Mit Erfolg: Der Mann bekam 1500 Euro nachbezahlt.

Ein Schlosser aus Schalchen wurde entlassen, weil er aus familiären Gründen für kurze Zeit den Betrieb verlassen musste. Er hatte seine Kollegen jedoch darüber informiert und sich somit an die übliche Vorgehensweise im Betrieb gehalten. Aus Sicht der AK war die Entlassung aufgrund des Fernbleibens nicht begründet, weil der Mann nur für knapp drei Stunden weg war. Die AK intervenierte daher beim Arbeitgeber und forderte die offenen Ansprüche sowie Kündigungsentschädigung und Abfertigung ein. Weil das Unternehmen nicht zahlen wollte, ging die AK vor Gericht. Dort erreichte sie eine Nachzahlung von mehr als 10.000 Euro.

## **Sozialrechtsberatung und -vertretung**

Die AK hat im Vorjahr 124 Personen aus dem Bezirk Braunau in Sozialrechtsfällen vertreten und für sie insgesamt 2,397.154 Euro erstritten. Zumeist ging es in der Beratung und Vertretung um Pensionen, speziell um Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen, Witwen- und Waisenrenten und Versehrtenrenten, aber auch um Pflegegeld oder Ausgleichszulagen.

## **Regional- und Interessenpolitik**

Die AK ist in der Regionalpolitik im Verein Leader Oberinnviertel-Mattigtal und in der Inn-Salzach Euregio vertreten. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Mit der Zukunft der Pflegeberufe beschäftigt sich das EU-Projekt „Zukunft Pflegen“.

Ein wichtiger regionalpolitischer Schwerpunkt ist der Verkehr. Die AK ortet schwere Versäumnisse im Straßenbau. Positiv ist zwar die bessere Anbindung von Braunau an die Autobahnauffahrt Ort durch den Ausbau der B 143 bei St. Peter. Die Umfahrung Mattighofen ist jedoch weiterhin ein Problem.

## **Bildungsberatung**

Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Weiterbildung gibt es ebenfalls in der AK-Bezirksstelle Braunau. Unsere persönliche und individuelle Bildungsberatung steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden zweiten Freitag ab 14.30 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr haben 113 Personen dieses Service genutzt.

Zu den Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld und beruflicher Wiedereinstieg führte die AK auch 2009 mit dem AMS und der Gebietskrankenkasse eine Informationsveranstaltung für Eltern durch. 45 Mütter und Väter nahmen an dieser Informationsveranstaltung teil.

## **Sport**

An den Bewerbungen des AK-ÖGB Betriebssports haben wieder zahlreiche Arbeitnehmer/-innen teilgenommen: Beim Kegeln 46 Mannschaften, beim Asphalt-schießen zwölf Moarschaften.

## **AK Braunau im Internet**

Immer mehr Arbeitnehmer/-innen nutzen das weltweite elektronische Netz. Alle 13 Bezirksstellen der AK sind deshalb auch im Internet vertreten. Unter [www.arbeiterkammer.com/braunau](http://www.arbeiterkammer.com/braunau) ist das gesamte Leistungsangebot der AK Braunau zu finden.

## **AK Braunau – Serviceangebot**

### **Öffnungszeiten**

Montag bis Donnerstag: 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Freitag: 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr

### **Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten**

**Persönlich:** während der Öffnungszeiten.

Um Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 050/6906-4111 wird gebeten. Damit werden längere Wartezeiten vermieden.

**Telefonisch:** während der Öffnungszeiten und am Dienstag bis 19.00 Uhr unter der Telefonnummer 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

### **Bildungsberatung**

**Persönlich:** jeden zweiten Freitag ab 14.30 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 050/6906-4111 – aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

### **Unsere Adresse**

Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau

Tel: 050/6906-4111 (aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif)

Fax: 050/6906-4199

E-Mail: [braunau@akoee.at](mailto:braunau@akoee.at)

Homepage: [www.arbeiterkammer.com/braunau](http://www.arbeiterkammer.com/braunau)